

KULTURSCHÄDEN DURCH DIE AfD

Sven Scherz-Schade

Wie die verfassungsfeindliche Partei Musik- und Orchesterkultur zerstören will

Die Politik der AfD bedroht die deutsche Kulturlandschaft. Auch das Chor- und Orchesterwesen. Die AfD bedroht Kultureinrichtungen, Projekte und Initiativen direkt durch kulturpolitische Debatten und Entscheidungen in den politischen Gremien, in denen die Partei vertreten ist – von den Kommunen bis zur EU. Und die AfD bedroht die Kulturlandschaft indirekt durch ihre populistischen Empörungen, die auf Ideologien fußen, die von der Ungleichwertigkeit der Menschen ausgehen. Die AfD ist in indirekter Weise geistiger Brandstifter für Kulturabbau und sie trägt in direkter Weise konkret als politischer Entscheider Verantwortung für Kulturabbau. Für beide zerstörerischen Wirkungen der AfD-Politik will dieser Artikel Beispiele nennen.

In Lüneburg wurde 2023 deutlich, dass am Theater künftig mit jährlichen Fehlbeträgen von etwa einer Million Euro zu rechnen sei,

schuss gäben bzw. ihren bestehenden Anteil miterhöhen würden. Aufatmen in Lüneburg! Prompt fand sich im Stadtrat eine Mehrheit, um entsprechend Gelder freizugeben und die Existenz des Theaters zu sichern. Nur die AfD stimmte dagegen. Sie bestand auf Detailfragen und verweigerte der Kultureinrichtung in der absoluten Not-situation – „Musik verbindet! Rettet die Lüneburger Symphoniker“ hieß es bei Solidaritätskonzerten – ihre Ja-Stimme. Wäre nur eine der anderen Fraktionen im Stadtrat wankelmütig gewesen, hätte sich dies auf die Kultur der Hansestadt katastrophal ausgewirkt.

Ideologie der Ungleichwertigkeit

Die Abwicklung eines Orchesters oder die Schließung eines Theaters ist eine Katastrophe. Die meisten Politiker:innen sehen das so, auch wenn sie sich im politischen Gefüge dem beklagenswerten

*Das kulturpolitische Vorgehen der AfD hat System:
Es rührt aus einer grundsätzlichen Skepsis und Abneigung her,
die die Partei staatlichen Kultureinrichtungen entgegenbringt.*

weshalb die Hansestadt und der Landkreis – zum Entsetzen in der Kulturszene sowie in breiten Teilen der Bevölkerung – die Verkleinerung oder Auflösung des Orchesters und die Abwicklung des Musiktheaters prüften. Nach zähen Rechnereien sicherte im November die niedersächsische Landesregierung eine Zuschussfinanzierung zu, die dem Theater über die Spielzeit 2024/25 hinweghelfen würde, sofern der Landkreis und die Stadt ebenfalls einen Zu-

Kulturabbau früherer Jahre nicht immer lautstark entgegengestellt haben. Bei der AfD hingegen sind nun Politiker:innen auf den Plan getreten, die Abwicklungen oder Schließungen keinesfalls als Katastrophe empfinden. Im Gegenteil: Sie heißen den Kulturabbau willkommen oder verfolgen ihn gar gezielt.

In Aalen in Baden-Württemberg wollte im Mai 2024 die AfD-Fraktion dem Theater die Mittel kürzen und formulierte im Ge-

Angesichts der antidemokratischen Meinung, der Staat dürfe in die von ihm finanzierten Kultureinrichtungen inhaltlich hineinbestimmen, erscheint die grundsätzliche Skepsis und Abneigung gegen staatliche Kultureinrichtungen geradezu als logische Folge.



meinderatsausschuss, dass das Haus zu viel Geld koste. In der Bundeshauptstadt forderte die AfD-Fraktion die Kürzung von Zuwendungen an das Deutsche Theater Berlin. Derartiges beschämendes kulturpolitisches Vorgehen hat in der AfD System. Es rührt aus einer grundsätzlichen Skepsis und Abneigung her, die die Partei staatlichen Kultureinrichtungen entgegenbringt. So rief die AfD im ostthüringischen Altenburg sogar unverhohlen zum Boykott des Stadttheaters auf.

Ausgehend von einer Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen interpretiert die Kulturpolitik der AfD die Kultur der Häuser oft als Kultur für andere Menschen, die nach entsprechenden Vorurteilen nicht zu der im AfD-Parteiprogramm gern zitierten – aber niemals widerspruchsfrei und stimmig zu definierenden – Leitkultur gehören. Die Ungleichwertigkeit muss sich dabei nicht unbedingt auf sexuelle Orientierung, Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht, Religion oder den sozialen Status beziehen. Als ungleich können auch künstlerische Ideen und Positionen in den Fokus geraten, beispielsweise vermeintlich „moderne Inszenierungen“ oder Neue Musik oder – ganz pauschal – eine als „unausgewogen“ diffamierte Spielplangestaltung. Angesichts der antidemokratischen Meinung, der Staat dürfe in die von ihm finanzierten Kultureinrichtungen inhaltlich hineinbestimmen, erscheint jene grundsätzliche Skepsis und Abneigung geradezu als logische Folge.

Realpolitisch in Gremien und Parlamenten hat sich diese AfD-Einstellung lange Zeit in Form von Blockadehaltungen ausgedrückt, doch setzt sie sich jetzt nach jahrelangem Erstarken der Partei mehr und mehr als gezielte Politik fort, die Budgets staatlicher Kulturinstitutionen ebenso zu attackieren versucht wie die Finanzierung von Projekten freier Gruppen durch die öffentliche Hand.



Das IMPULS-Festival hat spätestens seit dem Projekt „Wind der Freiheit“ mit Geflüchteten und Magdeburger Jugendlichen im Jahr 2016 mit den Einschüchterungsversuchen der AfD zu kämpfen

© Jacob Tillmann

AfD gegen Kulturförderung

Das Theater der Altmark in Stendal in Sachsen-Anhalt ist eine Landesbühne mit den Sparten Schauspiel, Kinder- und Jugendtheater, Figurentheater und Musiktheater. Bei Letzterem und beim Konzertwesen kooperiert das Theater der Altmark mit der Mitteldeutschen Kammerphilharmonie. Das Theater der Altmark ist Landestheater Sachsen-Anhalt Nord, Rechtsträger ist die Hansestadt Stendal. Von ihr wird das Haus gefördert sowie vom Bundesland und den beiden Landkreisen Stendal und Altmarkkreis Salzwedel. Bei der turnusmäßig zu erstellenden Neufassung des für fünf Jahre geltenden Theatervertrags zeigte die AfD im Februar 2024 ihre unverblümt

hier 160 Mitarbeiter:innen. Das Haus wird von einem Zweckverband getragen, der aus dem Landkreis Saalfeld-Rudolstadt und den Städten Rudolstadt und Saalfeld an der Saale besteht.

Orbán Ungarn als Vorbild

Je mehr Kommunalvertreter:innen die AfD zukünftig stellt, desto größer werden die förderpolitischen Attacken ausfallen, weil in den entsprechenden Gremien AfDler sitzen. Sie werden ihre Kommunalpolitik in Kulturthemen allen Anzeichen zufolge nach einer zerstörerischen Parteilinie ausrichten, die die AfD in Sachsen-Anhalt bereits in den vergangenen Jahren vorgelebt hat.

Realpolitisch hat sich die AfD-Einstellung lange Zeit in Form von Blockadehaltungen ausgedrückt, doch setzt sie sich jetzt mehr und mehr als gezielte Politik fort.

ablehnende Haltung gegenüber dem Theater. Das Bundesland erhöhte seine Fördersumme, die Stendaler Stadtverwaltung und der Landkreis Stendal wiederum hatten miteinander eine Erhöhung ausgehandelt. Der Kulturausschuss des Landkreises hatte diese Erhöhung – die zuletzt 2015 stattfand – empfohlen. Dem stellte sich die AfD entgegen. Sie stellte im Kreistag einen Antrag auf Beibehaltung der ursprünglichen Fördersumme. Dies fand – zum Wohle des Theaters – keine Mehrheit.

Auch bei den Thüringer Symphonikern und dem Theater Rudolstadt hat die AfD die Kulturfinanzierung gezielt attackiert. Kurz nach Auftakt der Saison 2023/24 stellte sie im Rudolstädter Stadtrat die Finanzierungsgrundlage des Theaters infrage. Betroffen waren

Dort formuliert die AfD geradeheraus, dass sie „die kulturpolitische Wende, die Ungarn unter Viktor Orbán vollzieht“, als Vorbild und Inspiration für ihre Politik nimmt. Der blanke Horror! Unter Ministerpräsident Orbán hat die Regierungspartei 2019 im Eilverfahren ein Gesetzespaket verabschiedet, in dem auch das Gesetz zur Einrichtung eines nationalen Kulturrats steckte. Dieses Gremium ist zuständig für Entwicklung und Finanzierung der großen ungarischen Kultureinrichtungen, darunter Staatsoper und Nationaltheater. Die Häuser jenseits der Großstädte sind allesamt unter Regierungskontrolle gebracht. Die freie, unabhängige Szene bekommt keinerlei finanzielle Unterstützung mehr. Die Leitungspersonen jenes nationalen Kulturrats werden von Viktor Orbán benannt.

Die AfD formuliert geradeheraus, dass sie „die kulturpolitische Wende, die Ungarn unter Viktor Orbán vollzieht“, als Vorbild nimmt: Die Häuser jenseits der Großstädte sind hier allesamt unter Regierungskontrolle gebracht. Die freie, unabhängige Szene bekommt keinerlei finanzielle Unterstützung mehr.

Unter diesen Vorzeichen ergeben die vorher beschriebenen, in der bundesdeutschen Fläche anzutreffenden, vermeintlich kleinteiligen Beispiele ein deprimierendes, bedrohliches übergeordnetes Ganzes.

Hasskultur

Jenseits der parlamentarischen Kulturpolitik hat sich zeitgleich mit dem Aufkommen der AfD eine Hasskultur entwickelt, die sich online in sozialen Netzwerken und E-Mails wiederfindet und offline zu beleidigenden, zumeist anonymen und mitunter unvermittelt drohenden Briefen an Kulturschaffende und -akteur:innen geführt hat. Den drastischen kulturpolitischen Wandel nach Erstarren der AfD in Sachsen-Anhalt hat das 2008 gegründete IMPULS-Festival für Neue Musik in Deutschland zu spüren bekommen. Wegen seiner vielfältigen Nachwuchsaktivitäten und internationalen Kooperationen wurde IMPULS zunehmend verbal und strukturell angegriffen. Ein Jugendprojekt mit Geflüchteten aus Syrien und Jugendlichen aus Magdeburg war für die AfD Anlass, IMPULS intensiv anzugreifen, was verstärkt mit Anfragen und Einschüchterungsversuchen einherging. Aus dem rechtsextremen Milieu wurden beleidigende, antisemitische und einschüchternde Mails und Briefe an Privatadressen geschickt.

Es wurde ein kulturpolitisches Antiklima erzeugt, das als geistige Brandstiftung auf andere übersprang, so etwa auf die CDU, die dem landesfinanzierten Festival 2021 – nach Corona und nachdem die AfD monatelang gewettert hatte – die Mittel strich. Nur durch die Aktivierung eines breiten Netzwerks, die Unterstützung anderer Parteien, des Deutschen Musikrats und der Konferenz der Landesmusikräte konnte das Ende von IMPULS abgewendet werden. Das Beispiel in Sachsen-Anhalt zeigt, dass die Abgrenzung der demokratischen Parteien von der AfD trotz aller öffentlichen Bekenntnisse realpolitisch nicht immer eingehalten wird.

Keine Alternative

Keine andere Fraktion stellt in Sachsen so viele Anfragen an Theater wie die AfD – nach Spielplänen, nach Autor:innen, nach der Herkunft von Schauspieler:innen und anderem. Mit diesen Anfragen betreibt die Partei eine gegen Kunstfreiheit gerichtete und damit verfassungsfeindliche Kulturpolitik mit der Absicht, Einfluss auf die inhaltliche Arbeit an den Kultureinrichtungen zu nehmen.

Der zerstörerische Wille der AfD hat viele Gesichter. Er zeigt sich auch in einer eklatanten Inhaltsleere. Denn die AfD hat – obwohl sie sich „Alternative“ nennt – zu den eigentlichen kulturpolitischen Herausforderungen, wie der langfristigen Sicherung von Kulturförderung, keinerlei Gestaltungsvorschläge. Deutlich wurde das beispielsweise, als der sächsische Landtag im November 2023 über Perspektiven für eine langfristige Finanzierung der Theater und Orchester innerhalb des sächsischen Kulturraumgesetzes debattierte. Von der AfD kamen nur Polemik und Schuldzuweisungen.

Aus parlamentarischen Anfragen von AfD-Fraktionen hat sich in der Vergangenheit immer wieder erkennen lassen, dass ihre politischen Vertreter die Kunst- und Pressefreiheit mit Füßen treten oder – was die Sache de facto nicht besser macht – dafür kein Gespür haben. Das reichte mitunter an scheinbar drollige Unkenntnis heran. Etwa wenn die AfD-Fraktion des Thüringer Landtags im Februar 2024 von der Landesregierung inhaltliche Einflussnahme auf das Theater Rudolstadt erwirken wollte und die Frage stellte, ob es „eine offizielle Stelle“ gebe, an welche sich das Publikum wenden könne, wenn es Theaterstücke oder Begleitmaterialien als „politisch unangemessen oder parteiisch“ empfinde.

Eine solche Stelle gibt es selbstverständlich nicht. Die Frage danach mutet kurios an, doch bei genauerer Betrachtung verrät sie auch die böswillige Politik der AfD. Die Partei fragt zum Schein und stellt sich blöd, wohl wissend, dass solch „eine offizielle Stelle“ einen Angriff auf Kunst- und Pressefreiheit darstellen würde. In dem Bewusstsein, dass die Regierung diese Frage mit „Nein“ beantworten wird, transportiert die AfD mit dieser Anfrage indirekt die Botschaft, dass die Fraktion selbst sich solch „eine offizielle Stelle“ wünscht. Was als direkte Forderung an demokratische Kulturpolitiker:innen skandalös wäre, schleust die AfD als letzte von elf Fragen wie nebenbei in die kulturpolitische Debatte ein.

Mit Blick auf den kulturpolitischen Horror in Ungarn, der der AfD Vorbild ist, darf man davon ausgehen, dass es der Partei ernst ist. So lächerlich und blödsinnig die Idee einer Kulturbeschwerdestelle fürs Publikum auch anmutet: Mit Erstarren der AfD muss sich die Kulturpolitik in Deutschland auf solcherlei böswillige und ungeheuerliche Vorschläge und Forderungen einstellen. Sie zu entlarven und ihnen entgegenzuwirken, ist Pflicht aller Demokrat:innen.